

Zeitschrift: Traverse : Zeitschrift für Geschichte = Revue d'histoire
Herausgeber: [s.n.]
Band: 11 (2004)
Heft: 1

Artikel: Einleitung = Introduction
Autor: David, Thomas / Guggenbühl, Christoph / Morin, Ariane
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-25742>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

EINLEITUNG

Die in diesem Band versammelten Beiträge thematisieren die Beziehungen und Konflikte zwischen Geschichts- und Rechtswissenschaft. Im Vordergrund stehen interdisziplinäre Überlegungen zur Rolle der HistorikerInnen als «RichterInnen» und der RichterInnen als «HistorikerInnen». Zur Illustration dieser Problematik haben wir Texte ausgewählt, welche sich mit der Liquidation des nationalsozialistischen Unrechtsstaates und des DDR-Regimes beschäftigen und die damit verbundenen historiografischen und juristischen Folgewirkungen beleuchten. Um dem vorliegenden Band die nötige inhaltliche Kohärenz zu verleihen, wurde das Forschungsfeld thematisch und geografisch bewusst eingegrenzt. Der Inhalt der Beiträge ist von ungebrochener Aktualität; denn wie die vergangenen Jahre gezeigt haben, sind wir weiterhin mit dem Bedürfnis und der Notwendigkeit konfrontiert, den Opfern totalitärer Regimes der Vergangenheit Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Im ersten Beitrag setzt sich *Devin O. Pendas* mit den Beziehungen zwischen juristischer und historischer «Wahrheit» auseinander. Er stützt sich dabei auf den Auschwitz-Prozess von Frankfurt (1963–1965) – den wichtigsten Prozess zur Frage des Holocaust in Westdeutschland – und behandelt insbesondere die Frage der Kontinuität zwischen dem Dritten Reich und der Bundesrepublik Deutschland. Die Kontinuitätsfrage ist deshalb von grosser Bedeutung, weil sie die Möglichkeit, die während des Nationalsozialismus begangenen Verbrechen zu verfolgen, entscheidend beeinflusst. Der Autor diskutiert die grundlegend verschiedenen Interpretationen der Kontinuitätsfrage. Die von der Anklage, von der Verteidigung und vom ostdeutschen Nebenkläger vertretenen Interpretationen sind jede für sich an eine andere politische «Wahrheit» gebunden. Eine der Hauptaussagen Pendas bezieht sich denn auch auf den Umstand, dass der Frankfurter Auschwitz-Prozess das politische Spannungsverhältnis der deutschen Gesellschaft der Nachkriegszeit exemplarisch widerspiegelt.

Der Artikel von *Thomas Horstmann* beleuchtet einen anderen Aspekt der Beziehung zwischen Recht und Geschichte. Horstmann zeigt, in welcher Weise die historischen Forschungen zum Holocaust für das oftmals «dogmatisch» ■ 17

angewandte Strafrecht nutzbar gemacht werden könnten. Interdisziplinäre Studien, die sich mit der Verantwortlichkeit der NS-Bürokratie auseinandersetzen, ermöglichen neue Erkenntnisse zur sehr aktuellen Frage der Verantwortungsentlastung. Und Netzwerkanalysen zur Verfolgung niederländischer Juden in den Jahren 1942/43 erlauben es, die Wechselbeziehung zwischen individueller Verantwortung und kollektivem Verbrechen offen zu legen. Schliesslich liefern zahlreiche Naziprozesse der Nachkriegszeit wertvolle Quellen und empirische Grundlagen für die strafrechtliche Behandlung von Staatsverbrechen.

Guillaume Mouralis illustriert diesen Punkt in seiner Studie zu den Strafverfahren gegen ostdeutsche Beamte nach der Wiedervereinigung. In seinem Artikel setzt er sich mit der Frage der zeitlich bedingten Eigenschaften der Objekte und Praktiken des Rechts auseinander. Damit beleuchtet er eine Problematik, welche von HistorikerInnen, die sich mit den «Säuberungsprozessen» befassen, oft nur am Rande behandelt wird. Der Autor unterscheidet drei miteinander verbundene Ebenen: die Langzeitentwicklung des Strafrechts, die mittelfristige Entwicklung der Rechtssprechung sowie der Strafprozess als Momentaufnahme. Durch die Einbeziehung dieser verschiedenen Zeitebenen und ihrer Artikulationen erscheinen Form und Dynamik der Säuberungsprozesse nach dem Fall der Mauer in einem neuen Licht.

Im Zentrum des Beitrags von Akim Jah steht das Berliner Bovensiepen-Verfahren, das von 1963–1971 in Westberlin stattfand. Im Verfahren wurden ehemalige Mitarbeiter der Stapoleitstelle Berlin beschuldigt, zwischen 1941 und 1945 an der Verschleppung von zirka 30'000 Berliner Juden und Jüdinnen beteiligt gewesen zu sein. Der Autor schildert anhand von drei Einzelfällen die Gründe, weshalb der Prozess aus juristischer Sicht insgesamt scheiterte. Und er erläutert, wie wichtig die im Laufe des Prozesses entstandenen juristischen Akten für die historische Rekonstruktion der Deportationen sind und welche Probleme diese spezifische Quellensorte für die Geschichtswissenschaft mit sich bringt.

Die letzten beiden Beiträge behandeln das Fallbeispiel der Schweiz. Sie wurden von zwei für die «Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg» (UEK) tätigen HistorikerInnen verfasst. Auf Grund ihres Auftrags und ihrer Arbeit hat die Expertenkommission neue Impulse zur Frage der Beziehungen zwischen RichterInnen und HistorikerInnen vermittelt.

Barbara Bonhage setzt sich mit der Frage der Restitution von Vermögenswerten an Opfer des Holocaust auseinander. In der Schweiz wurde dieser Problembereich in den vergangenen 50 Jahren durch den Raubgutbeschluss von 1945 und den Meldebeschluss von 1962 bestimmt; ein einschlägiger Gesetzesentwurf ist derzeit in Behandlung. Bonhages Studie zur Entwicklung des

auf, dass die Gesetzgebung eng mit dem spezifischen historischen Kontext verbunden oder durch diesen bedingt ist. Die Autorin veranschaulicht diesen Sachverhalt am Beispiel der schrittweisen Ausweitung des Opferbegriffs in den Jahren 1945–2003. Ihr Artikel thematisiert auch die grundlegend verschiedenen Entwicklungen, welche die juristischen und historischen Forschungen zu diesem Thema in der Schweiz genommen haben. Erst in den 1990er-Jahren und auf Grund der stärkeren Sensibilisierung der HistorikerInnen zu diesen Fragen begann ein eigentlicher Dialog zwischen den beiden Fachbereichen.

Gregor Spuhler unterstreicht in seinem Beitrag ebenfalls diese kürzlich erfolgte Annäherung. Er zeigt auf, dass trotz der zahlreichen Unterschiede in der Arbeitsweise von HistorikerInnen und JuristInnen, deren jeweilige Forschungsfelder eine Tendenz zur gegenseitigen Durchdringung aufweisen – insbesondere im Rahmen der Forschungen zu den Verbrechen gegen die Menschheit. Die «Bergier-Kommission» ist hierfür eine ausgezeichnetes Beispiel. Einerseits haben die gesetzten Rahmenbedingungen und die gestellten Ansprüche die Kommission mit einer neuartigen Aufgabe von «Geschichtsbarkeit» (Raphael Gross) konfrontiert. Andererseits wurde der Kommission die Aufgabe auferlegt, aus einer historischen und juristischen Perspektive der Frage nach den Vermögenswerten nachzugehen, welche auf Grund der nationalsozialistischen Diktatur in der Schweiz deponiert worden waren. In seinen Schlussfolgerungen erweitert der Autor seine Überlegungen: ausgehend vom Beispiel des ehemaligen jüdischen Flüchtlings Joseph Spring setzt er sich mit den Wechselwirkungen zwischen Geschichte, Politik und Justiz und den damit verbundenen Folgen für die Schweiz auseinander.

An dieser Stelle möchten wir darauf hinweisen, dass die vorliegenden Beiträge nur einen Teilaspekt der Beziehungen zwischen Rechts- und Geschichtswissenschaft beleuchten. Wir haben auf unseren *call for papers* ein überaus grosses Echo von mehr als 40 Beitragsentwürfen erhalten – trotz des interdisziplinär gestreuten Aufrufs allerdings fast ausschliesslich von Seiten der Geschichtswissenschaft. Die hier veröffentlichten Texte stammen allesamt von HistorikerInnen, bieten also vor allem historische Überlegungen zu gewissen Entwicklungen des Rechts und konzentrieren sich dabei auf einen Teilbereich des Rechts: das Strafrecht. Die Beiträge führen deshalb nur spärlich vor Augen, dass sich JuristInnen vor allem dann für geschichtliche Zusammenhänge interessieren, wenn es darum geht, Lösungsansätze im Rahmen des positiven Rechts zu rechtfertigen oder Gesetzesänderungen vorzuschlagen. Dies trifft insbesondere auf das Privatrecht zu.

Die «Verwendung der Geschichte» als Instrument der Rechtsentwicklung hat die Ausarbeitung der grossen Kodifikationen des späten 19. Jahrhunderts wie zum Beispiel des Bürgerlichen Gesetzbuchs Deutschlands (BGB) und des ■ 19

Schweizerischen Zivilgesetzbuchs (ZGB) massgeblich geprägt. Im Zusammenhang mit der so genannten historischen Methode beeinflusst das historische Denken – neben anderen Auslegungsmethoden – die moderne Rechtsauslegung noch heute (vgl. Artikel 1 ZGB). Nach einem gewissen Bedeutungsverlust in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts (Marginalisierung der Rechtsgeschichte und des römischen Rechtes in den Studiengängen des Privatrechtes), erlebte der historische Ansatz in den letzten Jahren eine regelrechte Renaissance bei den PrivatrechtlerInnen. Europäische JuristInnen debattieren heute intensiv über die Notwendigkeit eines Zivilgesetzbuches, das dereinst in sämtlichen Staaten Europas Gültigkeit besitzen soll. Dies führt zu einem nachhaltigen Interesse an der Geschichte der nationalen Zivilgesetze sowie zum erneuten Studium des römischen Rechtes, das in Form des *ius commune* bis ins 19. Jahrhundert hinein die Basis bildete für ein gemeineuropäisches Rechtsdenken.

Wir hoffen, dass die vorliegende Nummer gleichermaßen das Interesse von JuristInnen und HistorikerInnen weckt und einen Beitrag leistet für die zumal in der Schweiz noch wenig erforschten Beziehungen zwischen Recht und Geschichte. Damit verbunden ist die Hoffnung auf den Beginn eines sämtliche Rechtsbereiche umfassenden interdisziplinären Dialoges.

*Thomas David, Christoph Guggenbühl, Ariane Morin, Thomas Ch. Müller
(Übersetzung: Philipp Müller, Christoph Guggenbühl)*

INTRODUCTION

Les contributions réunies dans ce volume traitent des rapports et des conflits entre les approches historique et juridique. Elles s'inscrivent dans une réflexion interdisciplinaire sur le rôle de l'historien-n-e comme «juge» et du juge comme «historien-n-e». Pour illustrer cette problématique, nous avons choisi des textes qui traitent de la «liquidation» du régime national-socialiste et de celui de l'ancienne République Démocratique allemande. Nous avons délibérément restreint le champ géographique et thématique de la réflexion afin d'assurer l'homogénéité de ce numéro. Ces articles sont également d'une très grande actualité. En effet, on a vu, ces dernières années, que perdurait le besoin de rendre justice aux victimes des régimes totalitaires du passé.

Dans le premier article, *Devin O. Pendas* s'intéresse aux relations entre «vérité» juridique et «vérité» historique. Pour ce faire, il s'est basé sur le procès de Francfort (1963–1965) – le procès le plus important qui ait porté sur l'Holocauste en Allemagne de l'Ouest – et a en particulier étudié la question de la continuité juridique entre le IIIe Reich et la République fédérale allemande. Cette question fondamentale, car la réponse allait conditionner la possibilité ou non de poursuivre les crimes nazis, donna lieu à trois interprétations radicalement différentes. Or, les positions avancées respectivement par l'accusation, la défense et la partie civile est-allemande sont chacune liées à une autre «vérité», politique. Le procès de Francfort reflète en effet, et c'est l'une des principales conclusions de l'article, les tensions politiques de la société allemande de l'après-guerre.

La contribution de *Thomas Horstmann* apporte un autre éclairage sur les relations entre droit et histoire. Cet article montre de quelles manières les recherches historiques sur l'Holocauste pourraient être fécondes pour le droit pénal dont l'approche est souvent «dogmatique». Premièrement, les études interdisciplinaires qui se sont penchées sur les responsabilités de la bureaucratie nazie éclairent d'un jour nouveau la question, très actuelle, de la «décharge de responsabilité». Deuxièmement, les analyses de réseau, comme celles menées sur les persécutions nazies à l'encontre des Juifs aux Pays-Bas en ■ 21

1942/43, permettent de mettre au jour des liens de responsabilité individuelle dans le cadre de crimes collectifs. Enfin, les nombreux procès menés dans l'après-guerre à l'encontre des crimes nazis constituent des sources et des connaissances empiriques précieuses pour le traitement juridique des crimes d'Etat.

Guillaume Mouralis illustre ce dernier point dans son étude consacrée aux procès intentés aux fonctionnaires est-allemands après l'unification allemande. Dans son article, il mène une réflexion, très souvent délaissée par les historien-ne-s des épurations, sur les propriétés temporelles des objets et des pratiques juridiques. Il distingue ainsi trois niveaux imbriqués: le temps long du droit pénal; le temps intermédiaire de la jurisprudence; le temps court du procès. La prise en compte de ces temporalités différentielles et de leurs articulations permet d'éclairer d'un jour nouveau la forme et la dynamique de l'épuration en Allemagne après la chute du Mur de Berlin.

La contribution d'*Akim Jah* porte sur le procès Bovensiepen, qui a lieu à Berlin-Ouest entre 1963 et 1971. Au cours de ce procès, d'anciens collaborateurs de la direction centrale de la police berlinoise ont été accusés d'avoir participé à la déportation d'environ 30'000 Juifs berlinois entre 1941 et 1945. L'auteur retrace, à partir de trois exemples, les raisons pour lesquelles ce procès constitue un échec du point de vue juridique. Il met en évidence d'une part l'importance des actes juridiques produits au cours du procès pour la reconstruction historique des déportations à partir de Berlin, et d'autre part les problèmes que posent ces sources spécifiques à la recherche historique.

Les deux dernières contributions portent sur le cas helvétique et sont le fait de deux historien-ne-s ayant travaillé pour la Commission Indépendante d'Experts Suisse-Deuxième Guerre mondiale. Ce n'est guère étonnant car cette dernière, de par son mandat et son activité, a donné une nouvelle impulsion en Suisse aux relations entre juges et historien-ne-s.

Barbara Bonhage s'est intéressée à la question de la restitution des biens aux victimes de l'Holocauste. Durant ces 50 dernières années, cette problématique a été rythmée, en Suisse, par deux législations spéciales (1945 et 1962) et un projet de loi qui est en cours. Cette étude de l'évolution de l'arsenal juridique concernant les fonds en déshérence et les biens spoliés fait ressortir que la législation est étroitement liée à, voir dépend de contextes historiques spécifiques: l'élargissement progressif de la notion de victime entre 1945 et 2003 en est la meilleure illustration. Cet article montre également les cheminements très divergents suivis, en Suisse, par les recherches en droit et en histoire sur ce thème. Il faut attendre les années 1990, et l'éveil des historien-ne-s à cette problématique, pour assister à un dialogue, une interaction

Dans son article, *Gregor Spuhler* souligne également cette convergence récente. Malgré les nombreuses différences entre les professions d'historien-ne et de juriste, il montre que, depuis quelques années, ces deux champs d'études ont tendance à se «mélanger», en particulier dans le cadre des recherches sur les crimes contre l'humanité. La «commission Bergier» en est la meilleure illustration. D'une part, les conditions dans lesquelles la Commission a travaillé et les attentes dont elle était l'objet lui ont conféré un rôle d'instance de jugement historique (*Geschichtsbareit*). D'autre part, elle a eu pour mandat d'étudier, dans une perspective historique et juridique, la question des biens déposés en Suisse du fait de la dictature national-socialiste. Dans la partie conclusive, l'auteur élargit sa réflexion: à partir de l'exemple d'un ancien réfugié juif, Joseph Spring, il se penche sur les relations – et leurs répercussions – entre histoire, politique et justice en Suisse.

Le lecteur voudra toutefois bien retenir qu'il a entre les mains des textes qui ne traitent que d'un aspect fragmentaire des liens entre les sciences juridiques et historiques, même s'ils éclairent ces rapports d'un jour nouveau. En effet, malgré le large écho reçu par notre appel à contribution (nous avons reçu près de 40 propositions), les textes publiés ci-après émanent tous d'historien-ne-s et non de juristes et proposent par conséquent avant tout des réflexions historiques sur certains développements du droit; en outre, ils se concentrent pour l'essentiel sur un domaine très limité du droit, à savoir sur le droit pénal. Ces contributions mettent ainsi relativement peu en évidence d'une part le fait que les juristes s'intéressent à l'histoire avant tout pour justifier des solutions en droit positif ou proposer des modifications de la loi et, d'autre part, le caractère particulièrement frappant de ce phénomène en droit privé. L'utilisation de l'histoire comme outil du développement du droit a imprégné l'élaboration au XIXe siècle des grandes codifications que sont le *Bürgerliches Gesetzbuch* (BGB) allemand et le Code Civil suisse (CCS). Elle influence les techniques modernes d'interprétation des lois (cf. la méthode dite historique à laquelle renvoie notamment l'art. 1 du CCS). Après un relatif déclin durant la seconde moitié du siècle écoulé (où l'étude des branches historiques telles l'histoire du droit et le droit romain a été marginalisée dans la formation des juristes), cette approche connaît depuis quelques années une véritable renaissance chez les privatistes. Les juristes européens discutent aujourd'hui avec ferveur de la nécessité ou non d'élaborer un Code civil commun à tous les Etats de l'Union Européenne. Cela les amène à s'intéresser à l'histoire des codes civils nationaux, à réétudier le *ius commune* qui prévalait avant ces codifications et à se pencher à nouveau sur le droit romain.

Nous espérons néanmoins que ce numéro suscitera l'intérêt des juristes et attirera l'attention des historien-ne-s, en particulier suisses, sur le thème encore ■ 23

peu connu des rapports entre le droit et l'histoire, et qu'il contribuera au développement d'un véritable dialogue interdisciplinaire, qui ne se limite pas à la seule étude du droit pénal.

Thomas David, Christoph Guggenbühl, Ariane Morin, Thomas Ch. Müller